



[26. September 2003]

Junge Liberale Weinheim-Schriesheim

Positionspapier

Reformbremse Gewerkschaften und unzeitgemäße Formen der Mitbestimmung

In Deutschland gilt es als Tabubruch, wenn man die deutsche Mitbestimmung kritisiert. Fast alle gesellschaftlichen Gruppen schätzen sie als Garant des sozialen Friedens in Betrieben und Unternehmen, ja sogar der Gesellschaft insgesamt.

Tatsache aber ist, dass die deutsche Mitbestimmung in der Praxis zu zeitraubenden und kostenträchtigen Abstimmungs- und schwerfälligen Entscheidungsprozessen führt mit oft enttäuschenden Ergebnissen; sie ist starr und inflexibel und passt in ihrer jetzigen Form nicht mehr in unsere Zeit.

(Hans Olaf Henkel, Präsident der Leibnizstiftung, parteilos)

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

natürlich wollen wir Julis nicht den Gewerkschaften ihre Legitimität absprechen. Dennoch hat sich in der jüngsten Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass die Gewerkschaften zunehmend zu einer Politik der Besitzstandswahrer übergehen. Die Bedingungen für die eigene Klientel sollen verbessert werden. Im Grunde spricht hier nichts dagegen. Problematisch ist nur, dass die Anspruchshaltungen gegenüber den Unternehmen durch dieses Vorgehen immer weiter ausgebaut werden. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs ist das auch nachvollziehbar. Auch die Arbeitnehmerschaft soll am wirtschaftlichen Aufschwung partizipieren. Wie verhalten sich aber die Gewerkschaften, wenn es um die deutsche Wirtschaft weniger gut steht? Hier werden dann die notwendigen Reformen von diesen Institutionen nicht mitgetragen. Schlimmer noch, durch unzweckmäßige Streiks werden gar bestehende Arbeitsplätze vernichtet. Durch dieses Vorgehen leiden dann gar die eigenen Mitglieder der Gewerkschaften. Das größte Leid verursachen die Gewerkschaften jedoch in den Reihen der Arbeitslosen.

Im folgenden seien hier nun einige interessante Eckdaten zu den Gewerkschaften genannt.

Zunächst mal sollte man sich ein paar Zahlen vor Augen halten. Laut dem Bundesamt für Statistik gibt es in Deutschland ca. 34.520.000 Arbeitnehmer (Stand: 10. September 2003). Die zuletzt bekannt gegebene Zahl der Mitglieder im DGB durch den DGB beläuft sich auf ungefähr 7.699.900, Tendenz fallend. Wenn man diese Zahlen liebt sollte man sich fragen, ob die Macht der Gewerkschaft nicht doch Übermaße annimmt. Den erstens sind dies nur 22% aller Arbeitnehmer, und zweitens führt die Politik der Blockadehaltung gegenüber wichtigen Reformen einiger weniger Funktionäre an der Basis vorbei. Das erklärt auch den Mitgliederschwund der Gewerkschaften. Denn diese Politik der Besitzstandswahrung, die sich gegen Flexibilisierung im Tarifrecht und Liberalisierung im Arbeitsmarkt wehrt geht nämlich einzig und allein auf Kosten der Arbeitssuchenden. Doch trotz alledem traut sich der bayerische IG-Metall-Chef, drei Minuten bevor neue Rekordarbeitslosenzahlen bekannt werden, zu sagen, dass Deutschland ein erfolgreiches Land sei, dass bloß heruntergeredet werde. Würde er sich diese Unverschämtheit in Anwesenheit einiger seiner kürzlich arbeitslos gewordenen Mitglieder erlauben?. Wer weiß? Wer unter solch einem Realitätsverlust leidet und die Wirklichkeit, nämlich 4,7 Millionen Arbeitslose, verweigert, ist wohl zu vielem bereit. Ironie des Schicksals, dass der DGB seinen Mitgliederschwund mit dem steigenden Personalabbau begründet. Der Verlust an Vertrauen in die Gewerkschaften ist die logische Konsequenz dieser Starrheit und eiskalten Klientelpolitik zu Gunsten der Arbeitsplatzbesitzer. Nicht zu Unrecht bezeichnete Guido Westerwelle diese Gewerkschaftspolitik als „ökonomisches Fossil des 19. Jahrhunderts“.

Soweit zu den Gewerkschaften, nun aber zu der Form unserer deutschen Mitbestimmung. Keine Frage, durch Mitbestimmung erreicht man es, die Mitarbeiter bei Entscheidungsprozessen mit einzubinden und so zu motivieren. So steigt natürlich auch die Kreativität und das Engagement der Mitarbeiter, was letztendlich für den Erfolg des Unternehmens wichtig ist.

Jedoch kann man das gleiche Ergebnis auch durch einfachere und unbürokratischere Formen erreichen, was zahlreiche Beispiele in Europa und der Welt belegen.

Zudem ist es nicht im Sinne der Mitbestimmung, wenn den Betriebsräten von der Zentrale der Gewerkschaft, nach streng hierarchisch sch geordneten Strukturen, gesagt wird, was zu tun ist. Es hat sich gezeigt, dass die Menschen selbst entscheiden wollen, auf was für eine Art, wie lange und wann sie arbeiten wollen. Die meisten unserer rund 280.000 Betriebsräte lehnen diese Bevormundung ab, denn sie sind selbstbewusst genug um frei zu entscheiden und selbst zu bestimmen.

Abgesehen davon kostet die Mitbestimmung in der jetzigen Form die Unternehmen in Deutschland ca. 6.5 Mrd. Euro, die für die Anwendung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte aufgewendet werden müssen. Das Deutschland dadurch einen erheblichen Standortnachteil aufweist wird hier noch einmal deutlich.

Letztendlich bleibt zu sagen:

„Die Menschen gewinnen insgesamt durch Wettbewerb mehr, als sie durch den Verlust an Protektion aufgeben müssen.“ (Hans Olaf Henkel)